

Das Sprachrohr der Leser

Leserzuschriften geben die Ansicht des Einsenders wieder, sie werden mit Name und Wohnort des Einsenders veröffentlicht. Dennoch ist die vollständige Adresse anzugeben. Unabhängig von der Höchstlänge von 1500 Zeichen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor, die durch (...) gekennzeichnet sind. Zuschriften müssen sich auf lokale Artikel oder Begebenheiten beziehen und den presserechtlichen Bestimmungen entsprechen. Das heißt: Leserbriefe dürfen keine falschen Behauptungen enthalten und niemanden beleidigen. Unter www.tagblatt.de/leserbriefe können Sie Ihre Zuschrift direkt ans TAGBLATT senden.

Mail: redaktion@tagblatt.de

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer wollte eine „Liste der Auffälligen“ führen, auf der Geflüchtete stehen, die zum Beispiel kriminell geworden sind. Der Landesdatenschutzbeauftragte Stefan Brink hat jetzt Nein gesagt.

Spaltet

Auf ein Neues! Herr Palmer will die Liste der Auffälligen nun wohl auf Bundesebene vorantreiben.

Tübingen ist ja nicht von jeher ein Hort von Weltoffenheit und Aufklärung: Die Stadt war schon mal knapp 400 Jahre „judenfrei“, pietistischer Mief und protestantische Besserwisserie sind Tradition und nicht völlig verschwunden. Aber die Eheleute Bloch und manch andere haben in gut fünfzig Jahren manches bewirkt: Gutmenschen und eine alltagspraktische und wohlmeinende Stadtdiskussion scheinen etabliert. Wir freuen uns über hügelbeflissene Radlerbürger:innen, Weltethos-Institut, Tropenklub, biologische Spitzenforschung, Aktion Leben, das Mehrgenerationenhaus, das werdende Hospiz, die geplanten Radbrücken, den ticketfreien Samstagbus und die nachhaltige Umweltfreundlichkeit von bürgerfreundlichen Alltagspolitiken.

Warum also diese Auffälligkeit des OB? Wir erinnern große Bürgermeister wie Reuter, Brandt, Scherf, Vogel, Rommel, Gönner – ihnen war gemein, dass sie einten, nicht spalteten. Sie galten, verdient, als erste Diener:innen aller Bürger:innen.

Wenn unser Oberbürgermeister sich profiliert, indem er vulnerable Gruppen, People of Colour, junge Männer, Hospitalisierte, oftmals Traumatisierte oder Botabesucher „disst“, dann geht das gar nicht. Das ist artikulierte Niedertracht, die einem ersten Bürger unserer Stadt nicht zusteht. Man möge sagen: „Jede Stadt hat den Bürgermeister, den sie verdient.“ Ich weigere mich weiterhin, diese Hypothese in Erwägung zu ziehen. *Norbert Kreuzkamp, Tübingen*

Wie Schundroman

Böser schwarzer Mann – gefährdet Sozialarbeiterin und will auch noch staatliches Geld! OB Palmers Stellungnahme auf Facebook zur Entscheidung des Landesdatenschutzbeauftragten liest sich wie ein Schundroman.

Immer wieder wird den gut integrierten Gambiern ins Gesicht geschlagen, die hier als Bäcker, Hotelfachmann, Altenpfleger, Maler, Fliesenleger oder Zimmermann arbeiten, die ein völlig normales Leben führen, unabhängig von Sozialleistungen sind und in unsere Renten- und Krankenkassen einzahlen. Seit Jahren leiden sie unter pauschalen Vorwürfen, unter Diskriminierung und rassistischen Anfeindungen.

„Ich habe die Nase so voll davon, mich immer rechtfertigen zu müssen“, wird Seikou Omar Saho im TAGBLATT am 7. Oktober zitiert. Die Gambier haben jetzt den Verein „Afro Youth“ gegründet mit dem Ziel, Vorurteilen entgegenzuwirken. Die Gambier sind es leid, immer wieder wegen ein

paar „Auffälliger“ in Sippenhaft genommen zu werden.

Auch die AG Gambia ist es leid, sich immer wieder mit rechtspopulistischen Äußerungen des Oberbürgermeisters auseinandersetzen zu müssen. Seit Jahren unterstützen wir ehrenamtlich die jungen Männer auf ihrem Weg in die deutsche Gesellschaft – und zwar mit sehr großen Erfolgen (siehe oben). Wir wissen, wie schwer dieser Weg ist. Zusätzliche Hindernisse in Form von Vorurteilen zu schaffen, ist absolut unnötig.

Ja, es gibt schwierige Fälle, aber nicht nur unter den Gambiern. Ja, Polizei und Staatsanwaltschaft müssen bei Bedarf einschreiten – und tun dies auch. Das ist gut so. Schließlich leben wir in einem funktionierenden Rechtsstaat.

Vorurteile zu entkräften, ist leider eine mühsame Angelegenheit. Es ist höchste Zeit, damit anzufangen. Black Lives Matter!

Angela Baer mit Anita Binder, Dorette Eger, Hanni Fuchs für die AG Gambia (Flüchtlingshilfen im Kreis Tübingen)

Übelste Sorte

Der Datenschutzbeauftragte hat das Führen einer „Liste der Auffälligen“ als rechtswidrig deklariert und damit Boris Palmer die Grenzen aufgezeigt. Darüber hätte man sich fast freuen können, doch noch am gleichen Tag posierte Palmer seine nicht vorhandene Einsicht an seine Facebook-Fans. Zitat: „Am Samstag Abend geht ein geduldeter Asylbewerber aus Gambia am Bahnhof mit dem Messer auf einen anderen jungen Mann los.“ So beginnt die Story. Na, bei wem triggert es? Flüchtling = kriminell. Bingo! Palmer will zwar nicht klagen, aber er phantasiert jetzt „Datenschutz als Täterschutz“. Dabei hört er nicht auf, diese Liste mit dem Schutz der städtischen Sozialarbeiter:innen zu begründen. Doch dies war stets nur vorgeschoben, denn etwa an den Schutz der Ehrenamtlichen vor den vermeintlichen Tätern wurde nie ein Gedanke verschwendet.

Im Kern ging es Palmer von Anfang an um den „doppelten Spurenschwechsel“, also die Verlegung von „Auffälligen“ in Landeslager, und als klar war, dass das nicht geht, sollte die Europastraße erhalten. Es ist selbstverständlich legitim, kriminelles Verhalten einzelner zu problematisieren. Als OB täte Palmer aber gut daran, nicht nur die Entscheidung des Datenschutzbeauftragten zu akzeptieren, sondern sich endlich eine andere Haltung zum Thema Flüchtlinge zuzulegen, sonst hilft irgendwann nur noch der Staatsanwalt. Denn es ist nicht nur Politik der übelsten Sorte, auf der Klaviatur des Rassismus zu spielen, sondern möglicherweise strafbar. Und das ist gut so.

Andreas Linder, Tübingen

Unzulässig

Das Asylzentrum Tübingen und viele andere, die sich ehrenamtlich um Begleitung und Integration geflüchteter Menschen in Tübingen bemühen, haben schon in der Vergangenheit das Erstellen einer Liste der „Auffälligen“ durch die Stadtverwaltung aus einer Reihe von Gründen kritisiert. Ein funktionierender Rechtsstaat ist der beste Schutz aller Bürger vor Delikten – Polizei und Justiz haben dabei klare Aufgaben.

Datenschutz soll vor Missbrauch persönlicher Daten durch Mitbürger, aber auch durch Behörden schützen. Diesen Schutz eigenmächtig auszusetzen ist unzulässig und für die Betroffenen diskriminierend. Der Rechtsstaat kann nicht nach Gutdünken einer Verwaltung modifiziert werden. Wer bei „auffälligen“ Geflüchteten Prävention betreiben will, muss nach dem individuellen Hintergrund und der Motivation für das Verhalten fragen. Nur so kann für diese Menschen und für die Stadtgesellschaft präventiv und zukunftsorientiert etwas erreicht werden. Dieser Weg ist oft nicht

Als Rechtfertigung für die ille-



Im Schindhau wird gebohrt

Alle 100 bis 200 Meter werden zur Zeit entlang des geplanten Schindhausbasistunnels auf einer Länge von 2,3 Kilometern Löcher mit einer Tiefe von 99 Metern gebohrt – es sind Kernbohrungen zur Erkundung der Geologie, wie das Regierungspräsidium (RP) Tübingen auf Nachfrage mitteilte. Bei einer solchen Bohrung wird über die gesamte Bohrtiefe eine zylinderförmige Gesteinssäule mit einem Durchmesser von rund 10 Zentimetern aus dem Untergrund herausgeschnitten. Die Geologen ermitteln so die Abfolge der Gesteinsschichten und entnehmen Proben für Laboruntersuchungen. Ergänzt werden die Untersuchungen durch Kamerabefahrungen und geophysikalische Untersuchungen der Bohrlöcher. Auf

Basis der gewonnenen Daten kann dann ein räumliches Modell des Untergrundes erstellt werden, welches eine bedeutende Grundlage für die weitere Planung ist. Die Bohrarbeiten dauern bis Januar 2021. Im Sommer 2019 hat das RP dem Landesverkehrsministerium den Vorentwurf für die Ortsumgehung über die neue B27 vorgelegt, welches es dem Bundesverkehrsministerium geschickt, damit die Planung den sogenannten „Gesehenvermerk“ bekommt. Nach der Freigabe wird dann die Genehmigungsplanung erstellt. Die Kosten für den Tunnel- und Straßenbau liegen bei geschätzten 217 Millionen Euro. Diese Zahl stammt allerdings aus dem Jahr 2014, aktuelle Zahlen gibt es laut RP nicht. *slo / Bild: Ulrich Metz*

einfach, aber er entspricht bei den meist jungen Männern einer sozialpädagogischen und vor dem Hintergrund ihrer Biografien sinnvollen Herangehensweise.

Viele Menschen in unserer Stadt sind hier mit Ausdauer engagiert. Das Asylzentrum bemüht sich durch Streetwork – gefördert durch die Stadt – den Menschen, die von den in Tübingen angebotenen Strukturen nicht erreicht werden und sozial gefährdet sind, eine Brücke in unsere Gesellschaft zu bauen und eine Perspektive zu erarbeiten.

Dagmar Menz und Ulrich Ziegler für den Vorstand des Asylzentrums Tübingen

Verantwortungslos

Mit dem gescheiterten Versuch, sich mit seiner jetzt endlich als rechtswidrig eingestuften „Liste der Auffälligen“ als Hardliner zu profilieren, hat der Tübinger OB in den vergangenen zwei Jahren der Integrationsarbeit in Tübingen, den Integrationschancen von hier lebenden Geflüchteten und der Wahrnehmung von nicht-weißen Personen in der Öffentlichkeit massiv geschadet.

Als Rechtfertigung für die ille-

gale Datensammelerei seiner Stadtverwaltung konstruiert Palmer nun erneut das stereotype Angstbild vom „unberechenbaren, drogendealenden Schwarzen Messeremann“, vor dem die Gesellschaft, selbst um den Preis der Rechtsbeugung, geschützt werden müsse. Weiß Boris Palmer um die Wirkung seiner Worte, wenn er solche Bilder in die Welt hinaus bzw. in die Echokammern der (sozialen) Medien hinein projiziert?

In Tübingen ermittelt gerade die Staatsanwaltschaft, weil ein Mann angekündigt haben soll, die „deutsche Kultur“ mit Waffengewalt verteidigen und dabei „mindestens 15 Schwarze“ umbringen zu wollen. Solche mörderischen Ideen entstehen nicht im luftleeren Raum. Es sind dieselben stereotypisierenden Diffamierungen, wie sie auch Boris Palmer in der politischen Diskussion immer wieder instrumentalisiert, die – nicht nur in Deutschland – den Humus für rassistische Gewalt bilden.

Wer sich diesem Zusammenhang so konsequent und verantwortungslos verweigert wie der Tübinger OB, der sollte – ungeachtet eventueller Verdienste an anderer Stelle – keine Bleibeperspektive im Amt mehr bekommen. *Matthias Schuh, Tübingen*

In Tübingen soll der Martinskindergarten neu gebaut werden.

Kinderfreundlich?

Am 22. Oktober soll im Gemeinderat darüber beschlossen werden, den Martinskindergarten von zweieinhalb Gruppen auf drei Ganztagesgruppen (eine U3 und eine Ü3) zu erweitern und ihn in den südlichen Bereich des Stuwelkindergartens in der Wilhelmstraße zu bauen. Vorgesehen ist in dieser Version (Beschlussvorlage vom 30. September), dass dann alle Kinder der beiden Kitas den verbleibenden Garten gemeinsam nutzen sollen. Verschiedene Machbarkeitsstudien werden vorgelegt. Dabei hat sich scheinbar niemand im Jugendgemeinderat, im Ortsbeirat Lustnau, im Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung und im Gemeinderat darüber Gedanken gemacht, ob es denn für die Kinder machbar ist, wenn auf einer durch den Neubau bereits geringeren Spiel- und Gartenfläche fast doppelt so viele Kinder ganztags betreut werden sollen. Ich halte es deshalb für dringend notwendig, zusätzliche Außenflächen mit in die Planung aufzunehmen. *Theresa Kahl, Tübingen*

Zum Konzert mit Adrienne Haan und der Württembergischen Philharmonie in Reutlingen am 1. Oktober.

Der Kultur-Banause...

Noch zu Jahresbeginn hab ich mich gewundert, was die Reutlinger scharenweise in ihre wunderschöne Stadthalle treibt, um die sie halb Tübingen beneidet. Fernseher kaputt? Internet aus?

Jetzt ist die Württembergische Philharmonie wieder zu Gast in der Stadthalle. Von den fast 1.700 vorhandenen Plätzen sind wg. Corona zur Zeit nur 500 verfügbar – und höchstens die Hälfte davon wird tatsächlich besetzt! Wie's aussieht, trennt Corona die Spreu vom Weizen: Der Kultur-Banause bleibt jetzt zuhause.

Oder hat die Reutlinger die Lust am Untergang ergriffen? Hat man sich verschworen, die Württembergische Philharmonie in den Ruin zu treiben?

Das wär schade, denn hier gibt's (außer diesem wundervollen Orchester) ein ganz besonderes Highlight: Sündhaft teure Hygiene-Trennwände (vulgo: Spuckschutz), in einer exklusiven Spezialanfertigung: durchsichtige dicke Plastikfolie im Metallrahmen, passgenau für die Rückenlehnen konstruiert. Diese sonderbaren Utensilien sind nützlich, wenn jemand einen Husten- oder Niesanfall bekommt, und dabei den Kopf zur Seite dreht, um dem Nebensitzer eine volle Ladung zu verpassen. Macht man das so in Reutlingen?

Wenn Sie's noch nicht gesehen haben, gehen Sie hin! Allein diese Dinger sind einen Besuch wert.

Man könnte meinen, die Reutlinger brauchen ihre Stadthalle nicht mehr. Und Tübingen kriegt partout keine zustande. Vielleicht könnten die Tübinger die Reutlinger Stadthalle kaufen? *Wolfgang Jacobi, Tübingen*

Zum Artikel vom 2. Oktober in der Rottenburger Post „Der Kirchenrat will handeln“.

Nicht fürs Volk

Die Inschrift „Sie starben für uns“ (in der Sülchenkirche noch immer zu lesen) ist in heutiger Sprache eine Fake news. Der II. Weltkrieg wurde von Hitler begonnen, Deutschland musste sich nicht verteidigen. Das Volk war noch kriegsmüde vom I. Weltkrieg. Nur mit enormer Propaganda, mit Lügen gefüttert, machte das Volk notgedrungen, ohne Begeisterung mit. Nur die Nazis und einige Mitläufer wollten Krieg. Die Nazi-Parolen dienten nur dem Zweck, die Motivation der Soldaten und der Bevölkerung zu stärken, um die Herrschaft der Nazis zu sichern und etwa ab der 2. Kriegshälfte das Leben der Nazi-Größen zu verlängern. Daher starben die Soldaten nur für die Nazi-Größen.

Aber die meisten Soldaten dachten sicher, wie würden für das Volk sterben. Sie wurden von den Nazis für ihre Ziele missbraucht. Sie waren auch – von der Obrigkeit bewusst so gehalten – nicht geübt, kritisch und selbstständig nachzudenken.

Diese Inschrift ist Nazi-Sprache, sie diente der Verschleierung. Es ging nicht um das Wohl des Volkes. Daher ist diese Inschrift falsch und sollte entfernt werden. *Reinhold Gieringer, Rottenburg*

Albert Volk hatte in einem Gedicht angeregt, Most unverdünnt zu trinken.

Nichts versparen

Ich bin kein echtes Schwabenkind, trinke den Moscht gern unverdünnt, um meinen Magen zu bewahren vor Wasser, das nicht kann vergären. Kann dabei aber nichts versparen, brauch ich danach noch einen Klaren. Wer gweihetes Wasser dazu nimmt, der ist sehr gläubig – oder spinnt. *Gerold P. Hein, Kälchberg*